

Herren
V. Bräutigam und F. Klinkhammer
per E-Mail:



INTENDANTIN

TELEFON	(030) 97 99 3-10000
TELEFAX	(030) 97 99 3-10009
E-MAIL	intendanz@rbb-online.de
DATUM	22. Januar 2018

Ihre Mail vom 30. November 2017

Sehr geehrter Herr Klinkhammer,
sehr geehrter Herr Bräutigam,

haben Sie Dank für Ihre neuerliche Mail vom 30. November 2017. Frau Hassel hatte Ihnen bereits am 27. November 2017 auf Ihre Beschwerde geantwortet. Aus Ihrer Nachricht schließen wir, dass Sie nun eine förmliche Programmbeschwerde anstrengen.

Ihre Auffassung, der Tagesschau-Beitrag über die konstituierende Sitzung vom 24. Oktober 2017 sei unausgewogen und fehlerhaft, teile ich nicht. Sie führen in Ihrer Beschwerde die Redeanteile von verschiedenen Parteivertretern prozentual aus. Danach komme die SPD mit 12 Prozent zu Wort, die AfD mit 35 Prozent. Das sei ein Missverhältnis. Außerdem würden die gewählten Vizepräsidenten nicht interviewt.

Unabhängig davon, dass die von Ihnen genannten Werte nicht den Tatsachen entsprechen: Sie behaupten, es seien „fast 30 Sekunden Auszüge aus einer Rede eines AfD Abgeordneten“ gesendet worden, tatsächlich waren es nur 13 Sekunden aus der Rede von Bernd Baumann (AfD).

Die Frage, ob und wie lange Parteienvertreter zu Wort kommen, lässt sich nicht an exakt gleichen Prozentwerten ermitteln. Vielmehr entscheiden darüber journalistische Kriterien. Und aus diesen journalistischen Gründen war es angemessen und vertretbar, dass die AfD ausführlich thematisiert wurde. Zum ersten Mal ist sie im Bundestag vertreten - für den deutschen Parlamentarismus ein einschneidendes und damit berichtenswertes Ereignis.



Auch die Nennung aller gewählten Vizepräsidenten mit jeweiligem Wahlergebnis ist in der Kürze der Zeit weder möglich noch inhaltlich zwingend. Journalistisch relevant war die Nachricht, dass der AfD-Kandidat Glaser im anstehenden Wahlgang keine Mehrheit fand. An vielen anderen Stellen wurden die Namen der gewählten Vizepräsidenten genannt, beispielsweise auf Tagesschau.de.

Was Ihre Kritik an etwaigen Mitgliedschaften von Frau Hassel angeht: Für Journalisten ist es wichtig und beruflich notwendig, sich zu vernetzen mit möglichst vielen Menschen auch aus unterschiedlichen politischen Milieus ins Gespräch zu kommen. Hieran und an den Mitgliedschaften von Frau Hassel ist nichts auszusetzen. Im Gegenteil: sie sind notwendiger Bestandteil der beruflichen Tätigkeit. Zudem steht dieser Kritikpunkt nicht im Bezug zu der von Ihnen kritisierten Sendung.

Nach allem vermag ich keine Verletzung des Programmauftrages zu erkennen. Ich hoffe dennoch, Ihnen unseren Standpunkt erläutert zu haben und würde mich freuen, wenn Sie den Programmen des rbb weiterhin gewogen bleiben.

Gemäß § 10 Abs. 2 Satz 2 rbb-Staatsvertrag haben Sie nun die Möglichkeit, den Rundfunkrat in dieser Angelegenheit anzurufen.

Mit herzlichem Gruß

Patricia Schlesinger